

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die dritte Steuernotverordnung.

Grundsätzliche Entscheidung der Aufwertungsfrage.

Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts, die sich von nachmittags 4 Uhr bis nach Mitternacht hinzogen, haben noch immer keine endgültige Entscheidung über verschiedene wichtige Punkte der dritten Steuernotverordnung gebracht. Der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, daß es sich hierbei besonders noch um die Frage des Geldentwertungsausgleichs bei unbedauten landwirtschaftlichen Grundstücken, die mit Hypotheken usw. belastet sind, handelt. Als ziemlich sicher dürfte die Regelung der Aufwertung im allgemeinen stehen.

Es kommen hierfür jedenfalls alle Ansprüche auf Zahlung einer in Reichsmark ausgedrückten Geldsumme in Betracht, die nicht bis zum 31. Dezember 1923 getilgt sind, soweit es sich handelt um Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, auf Reichsmark lautende Kassenanforderungen, Schiffspfandrechte, durch Hypothekenschulden usw. gesicherte Forderungen, Ansprüche aus Pfandbriefen der Grundkreditanstalten und Schiffsbeteiligungsanstalten und Ansprüche aus anderen Schuldverschreibungen privater Schuldner. Auch Darlehensansprüche gegen Privatpersonen dürften in gewissem Umfang von der Aufwertung betroffen werden.

Die Aufwertung wird durchgeführt von der neuzuschaffenden Aufwertungsstelle. Sie erfolgt auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, wobei eine Aufwertung auf 10 v. H. den Anforderungen von Treu und Glauben entsprechen soll. Darüber hinaus kann in besonderen Fällen eine höhere Quote zustande kommen. Pfandbriefe werden nur aufgewertet, wenn der Gläubiger nachweist, daß er sie seit Anfang 1919 in Besitz hat, oder daß er durch Gesetz oder Statut geschützt war, sie als mündelsichere Anlage zu erwerben. Zahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge wird voraussichtlich erst vom kommenden Jahre ab verlangt werden können. Die Verzugszinsen werden im ersten Jahre wohl kaum über 1 Proz. betragen.

Die Länder bzw. die Reichsrentierung werden zu bestimmen haben, wie das aufgewertete Vermögen der Erbschaften und Lebensversicherungen am besten im Interesse der Gläubiger oder der Bevölkerung, für die diese vorwiegend arbeitslos sind, verwendet werden. Die öffentlichen Anleihen dürften, wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, bis zur Beilegung der Reparationsverhandlungen weiter verzinst nach eingestrichelt werden.

Der Geldentwertungsausgleich soll durch eine Besteuerung der verschiedenen Arten von Forderungen im Ausmaß

von 2 bis 12 Proz. bei weit hinausgeschobenen Zahlungssterminen herbeigeführt werden. Bei Geldentwertungsgewinnen aus in Anspruchnahme von Wechseln usw. Kredite wird eine besondere von der Reichsregierung festzusetzende Steuer im Ausmaß von circa 20 Proz. des Entwertungsgewinnes in Frage kommen. Der gleiche Steuerfuß dürfte für Geldentwertungsgewinne aus Holzkäufen unter Inanspruchnahme öffentlicher Kredite seitens der Länder festgesetzt werden. Wesentlich höher, jedenfalls bis zu 80 Proz., wird voraussichtlich der Geldentwertungsgewinn, den private Stellen aus der Ausgabe von Notgeld und der Einlösung desselben in entwerteter Valuta erzielen, besteuert werden. Den Ländern soll der größte Teil des Ertrages der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer zustehen.

Die Notverordnung regelt ferner die Vereinfachung der Steuerrechtslage und des Steuerrechts. Die endgültige Entscheidung über die dritte Steuernotverordnung dürfte in der für Donnerstag, den 31. Januar, anberaumten Kabinettsitzung fallen.

Vom Beamtenabbau.

Im Sparauschuß des Reichstages erfolgte die Prüfung des Abbaues bei der Reichsfinanzverwaltung, wo bis 1. April 1924 an Beamten und Angestellten 15 Proz. eingespart werden sollen. Beim Personal des Reichstages selber erreichte man einen Abbau an Beamten, Angestellten und Arbeitern von insgesamt rund 15 Proz. Schließlich wurden verschiedene Anträge angenommen. Die Reichsregierung wurde darin ersucht, bei den Ministerien und beim Rechnungshof durch Verminderung der Abteilungen auf weitere Vereinfachungen und dadurch auf Personalvermindierungen hinzuwirken. Auch war es der Wunsch des Ausschusses, daß der Personalstand des Reichswirtschaftsministeriums und seiner Unterstellen erheblich vermindert werden soll. Außerdem wurde festgesetzt, daß während der Dauer der Personalabbauverordnung Landes- und Kommunalbeamte nicht als Planbeamte im Reichsdienst angestellt werden dürfen. Ausnahmen hiervon sind mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen nur zulässig 1. bei Heranziehung richtiger Beamten, 2. sofern zwingende dienstliche Gründe die Anstellung rechtfertigen. Im letzteren Fall ist der Sparauschuß vorher zu hören. Die kommissarische Beschäftigung von Landes- und Kommunalbeamten soll also nur ausnahmsweise gestattet sein.

Der produktive Achtstundentag.

Die Scharfmacher im Unternehmerlager haben ihren ganzen Einfluß spielen lassen, ihre Presse in Bewegung gesetzt, ihre Vertreter, die sie in allen bürgerlichen Parteien haben, vorgeschickt, um den Achtstundentag zu Fall zu bringen. Nachdem es ihnen nicht gelungen war, auf direktem Wege durch die französischen Besatzungstruppen den Zehnstundentag im Ruhrgebiet dekretieren zu lassen, haben sie auf dem Umwege über die Vertreter der „Ricium“, die Arbeitszeitverordnung und die angeblichen Schiedsprüche ihr Ziel zu erreichen versucht.

Die Arbeitszeitverordnung hat mit einem Federstrich das nach langen Beratungen zustande gekommene Gesetz über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau beseitigt. Für diesen Streich gegen die Bergarbeiter gibt es keine Entschuldigung. Die Bergarbeiter haben sich nie gewiegert, lebensnotwendige Ueberschichten zu fahren. Schon deshalb muß der Reichstag das von ihm beschlossene Gesetz wieder in Kraft setzen. Das ist er nicht allein den Bergarbeitern, das ist er sich selbst schuldig. Darüber hinaus hat er die Pflicht, die gesamte Arbeitszeitverordnung einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Diese Arbeitszeitverordnung ist, genau so wie der allgemeine Kampf gegen die Lebensrechte der Arbeiterschaft, der jetzt in Deutschland von den Unternehmern geführt wird, gewollt von der Schwerindustrie, die im Reichsverband der deutschen Industrie organisiert ist und von da und durch die Kartelle die Fertigungindustrie kommandiert. Ihr haben sich die gesamte Industrie, die bürgerlichen Parteien und die Regierung gefügt, einmal, weil jedes Zurückdrängen der Arbeiterschaft gleichbedeutend ist mit dem Zurückdrängen des Sozialismus, und andererseits weil sie nicht den moralischen Mut haben, gegen ein von 90 Proz. der bürgerlichen Presse lanciertes Nachgebot der Schwerindustrie aufzugeben.

Welches aber sind die Gründe, die man für die Verlängerung der Arbeitszeit ins Feld führt? Man sagt, die Produktion müsse gesteigert werden. Man vergißt aber den Nachweis zu führen, daß diese Produktionssteigerung bei einer zehnstündigen Arbeitszeit möglich und bei einer achtstündigen Arbeitszeit unmöglich ist. Und das ist doch der Kern des Problems.

Die Annahme, daß der Arbeiter mehr produziert, wenn er länger arbeitet, ist von allen einsichtigen Praktikern längst als falsch erkannt. Zum Beweise führen wir aus den von der „Wirtschaftskurve“ veröffentlichten Ergebnissen der Erhebung über die Arbeitsleistung mit dem Achtstundentag im Vergleich zur Arbeitsleistung vor dem Kriege einige weitere Beispiele an, die sich auf Angaben der Unternehmer stützen.

In einem großen chemischen Werke wurden verschiedene Betriebe erfaßt auf die Veränderung der Arbeitsleistung untersucht, und zwar in sehr detaillierter Weise. Hier geben wir aus Raumrücksichten nur die Endresultate wieder.

Stundenleistung	1910/14	Jan. Febr. 1922
1. Häherei und Schreinererei	100	120
2. Dreherei	100	110
3. Schmiede	100	—
4. Füllstellen von Gasstoff in Säcken ohne Alford	100	98,7
5a. Kohlenladen (Hand)	100	82,8
5b. Kohlenladen (am Dampftrakt)	100	91,7

Weiter seien hier die Angaben einer Ziegelei wiedergegeben.

	1. Quartal 1914, 1919, 1920	1. Quartal 1921/22
Beschäftigt	9 Mann	7 Mann
Zeitung pro Mann und Stunde		
1. absolut	800-1000 St.	1000-1200 St.*
2. relativ	100	122*

* Anfang 1921 wurde der Betrieb durch Einbau eines Zentralantriebs rationalisiert.

Eine führende Zigarettenfabrik gibt folgende Ziffern:

Stück pro Arbeiter und Stunde	1. Quartal 1914	1. Quartal 1922
1. Handarbeit	115	180
2. Bandrollieren	1140	8540
3. Versand	6320	12370

Hierzu ist zu bemerken, daß die außerordentliche Produktionssteigerung beim Bandrollieren teilweise auf die vermehrte Verwendung der Bandrollermaschine zurückzuführen ist, während beim Versand die Leistung in den Jahren 1920 bis 1921 noch größer war, aber infolge des geringeren Beschäftigungsgrades notwendig zurückgehen mußte.

Der Betriebsleiter einer großen mitteldeutschen Maschinenfabrik schickt seiner Antwort folgende Bemerkungen voraus:

Gerade die Jahre, die hier beleuchtet werden sollen, sind Jahre wirtschaftsstatistischer Tiefstände. Der Krieg hat jeden halbwegs brauchbaren Mann gefordert, und die wenigen zurückgebliebenen, zum großen Teil überalterten Kräfte mußten notdürftig die Betriebe im Gange halten. Für statistische Zwecke blieb keine Kraft frei. So klafft in der Statistik eine große Lücke, die sich auch in den Nachkriegsjahren nicht wieder schließen ließ. Auch die Nachkriegsjahre sind nur zum Teil und dann nur notdürftig erfaßt. Die Zurückgebliebenen mußten sich wieder vollkräftig neu einarbeiten und vollständig neuen statistischen Boden schaffen. Dazu kam das leider sehr

Briefwechsel Macdonald - Poincaré.

Paris, 30. Januar. (W.D.) Ramsay Macdonald und Poincaré haben Briefe ausgetauscht. Das Schreiben des englischen Premierministers wurde am Sonnabendmorgen durch den englischen Botschafter in Paris Lord Curzon am Quai d'Orsay überreicht. Poincarés Antwort ist gestern abend abgegeben. In den Briefen versichern die beiden Ministerpräsidenten, daß trotz allem, was die öffentliche Meinung der beiden Länder erwidern könnte, sie ihr Möglichstes tun würden, um in freundschaftlicher Weise die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und daß sie sich bemühen würden, gemeinsam für die Wiederherstellung Europas zu arbeiten.

Paris, 30. Januar. (Eco.) Der erste Brief ging von Ramsay Macdonald aus, der, wie dies unter den Alliierten üblich ist, bei Eintritt seines Amtes dem französischen Premierminister diese Tatsache mitteilte. Der einzige Unterschied, der gegenüber der früher üblichen Form besteht, ist der, daß bisher derartige Kundgebungen in Form von sehr veröffentlichten Telegrammen zu erfolgen pflegten, während es sich diesmal um eine vorläufig vertraulich gehaltenes Schreiben persönlicher Art handelt. Allerdings wird in politischen Kreisen damit gerechnet, daß die Korrespondenz der beiden Premierminister veröffentlicht werden wird. Es heißt, daß der Brief Ramsay Macdonalds in sachredendlicher freimütiger Ton geschrieben

ist. Er soll in dem Schreiben bemerken, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich nicht mehr so gut seien wie vor einiger Zeit. Er soll sogar die Aufmerksamkeit des französischen Premierministers darauf lenken, daß die französische Politik — zu Recht oder Unrecht — zahlreiche Einwendungen verursacht, und daß die englische öffentliche Meinung sich über die Zukunft Europas beunruhigt. Am Schluß seines Schreibens soll Ramsay Macdonald Poincaré gebeten haben, ihm zu helfen, endgültig und vollständig die schwebenden Probleme zu lösen. Er sei unter der Voraussetzung einer entsprechenden Haltung der französischen Regierung zu den nötigen Konzessionen bereit.

Nach den offiziellen Aussprachen, die durch verschiedene Vermittler in der letzten Zeit zwischen Paris und London stattgefunden haben, selbst nach Erledigung der Polzfrage und des Römer Versteherungsproblems, ist nach der allgemeinen Ueberprüfung der Gegenseitigkeit in den beiden großen politischen Fragen zwischen London und Paris unversämndert. Weber hinsichtlich der weiteren Methode zur Lösung des Reparationsproblems noch in der Sicherheitsfrage sei in der allerdings kurzen Zeit seit dem Amtsantritt Macdonalds eine wesentliche Veränderung eingetreten. Es mehren sich aber die Zeichen dafür, daß versucht werde, zu einer umfangreichen Unterhandlung über diese Fragen zwischen Paris und London zu gelangen.

Der Vorschlag Poincarés die „Polzfrage“ — was ist da fraglich? — der Vorkauferskonferenz vorzulegen, ist von England noch nicht beantwortet worden; die Londoner Vorkauferskonferenz wird ihn entscheiden, da die Vorkauferskonferenz mit dieser Reihe von Rechtsfragen gar nichts zu tun habe.

Englisches Heeresgut aufhehalten.

London, 30. Januar. (W.D.) Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, daß die Aufhaltung einer Bahnladung britischer Heeresvorräte in Runderoth eine ernste Angelegenheit sei. Das Abschneiden wesentlicher Militärvorräte würde die Stellung der Engländer in Köln unerträglich machen. Macdonald erhebe in Paris energischen Protest gegen dieses Vorgehen und fordere, daß die Freiheit der englischen Verbindungen wiederhergestellt werde.

Nach den französischen „Blockade“vorschriften sollten Transporte für die britische Besatzung ungeschoren bleiben. Man wird also leicht den beliebigen „Mißgriff untergeordneter Stellen“ vorzählen können.

Mac Kenna und Bradbury in Berlin.

Der Vorsitzende des Zweiten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission, Schatzkanzler a. D. Mac Kenna, ist gestern Dienstagsabend nach Berlin gereist. Auch der Vertreter Englands an der Reparationskommission Bradbury fährt nach Berlin.

Die Reparationskommission hat Barthou-Frankreich einstimmig zum Präsidenten und Salvoago Raggi-Italien zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

Die Berliner Beratungen der Sachverständigen finden im Gebäude des Reichswirtschaftsrats statt.

Die Hotelwohnungen für die Entente-Kontrollkommissionen in Berlin mit der Reichsregierung ab 1. April nur noch zur Hälfte bezahlten, die andere Hälfte soll ihr gestundet werden. Die Hotelbesitzer wollen darauf nicht eingehen.

Ein Separatistenführer erschossen.

Rogheim, 30. Januar. (Mib.) Der als französischer Spion und Denunziant berühmte Separatistenführer und Ueberbürgermeister von Rogheim, Ingenieur Gumbinger, der viele Ausweisungen und Bestrafungen Rogheimer Familien auf dem Gewissen hat, wurde gestern abend gegen 7 Uhr auf der Reise zwischen Rogheim und Döberheim durch Revolvergeschüsse schwer verletzt und in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus Frankenthal eingeliefert. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Ruhige Börse.

Das Effektengeschäft gestaltete sich an der heutigen Börse sehr ruhig bei eher schwacher Tendenz. Die Spekulation ist verstimmt über die erneute Verschleppung der dritten Steuernotverordnung, die morgen wiederum das Kabinett beschäftigen wird. Die bisher über den Inhalt dieser Verordnung vorliegenden Berichte rufen ernste Sorge hervor, da man glaubt, daß der ganze Aufwertungsprozess die Finanzveroberung der Privatwirtschaft stark in Unruhe bringen werde. Die Geldmarktlage gestaltet sich dem Tag zu Tag etwas günstiger. Heute war holländisches Geld mit 1/2 bis 1/4 pro Mille pro Tag reichlich zu haben. Für vorläufige Monatskredite werden 1/4 bis 2 Proz. verlangt. Im Devisenverkehr zeigen sich keinerlei wesentliche Veränderungen.

Traurige Demagogen!

Als das tragische Schicksal der Besatzung des Luftkreuzers „Dignitiden“ endgültig festgestellt, sprach der Geschäftsträger v. Hoch im französischen Auswärtigen Amt vor, um das Beileid der Reichsregierung auszusprechen.

Darob große Empörung bei den Deutschnationalen, deren Fraktionsführer Hergt eine geharnischte Anfrage wegen dieser angeblichen Verletzung der nationalen Würde an die Reichsregierung richtete. Diese Anfrage ist jetzt schriftlich beantwortet worden. In der Antwort wird ruhig und sachlich, wenn auch nach unserem Geschmack etwas zu kleinlaut und fast entschuldigend auseinandergesetzt, daß es sich um einen reinen diplomatischen Höflichkeitssakt gehandelt habe, der übrigens von allen fremden Vertretern in Paris erfüllt worden sei, und daß ein abweichendes Verhalten der deutschen Botschaft als eine unhöfliche politische Kundgebung gedeutet worden wäre. Wie nicht anders zu erwarten war, wird diese Antwort in der deutschnationalen Presse verhöhnt.

Wir hätten eine energisiertere Zurückweisung dieses Hergtschen Vorstoßes deshalb gewünscht, weil es sich dabei um eine niedrige nationalistische Demagogie handelt. Das Beileid galt natürlich dem Tode von mehr als 50 Menschen und nicht der Zerstückelung eines ausgelieferten ehemaligen deutschen Luftschiffes. Der Schritt v. Hoch' war eine diplomatische Selbstverständlichkeit. Er wäre auch dann erfolgt, wenn die Deutschnationalen, wie sie es so sehr wünschen, in der Reichsregierung lägen.

Ja, wir gehen noch weiter und behaupten: Wenn heute Herr Hergt zum Unlud des deutschen Volkes Reichskanzler wäre und der französische Ministerpräsident Poincaré plötzlich sterben würde, dann würde der deutsche Vertreter in Paris treten und brav im französischen Auswärtigen Amt vorsprechen und das Beileid seiner Regierung, also des Dr. Hergt aussprechen — gleichviel, wie man in Deutschland innerlich zu dem solchen Ereignis stehen würde.

Das weiß Herr Hergt ganz genau. Trotzdem ließ er sich diese Unschicklichkeit, die nationalistischen Selbsterweckungen nicht scheuen. Er ist eben ein trauriger Demagoge. Aber noch trauriger ist die Tatsache, daß diese Leute, mit denen sich, wie jede neue Gelegenheit beweis, unendlich Politik machen läßt, von der Deutschen Volkspartei und sogar von einem Teil des Zentrums umworben werden, so daß es im November demnächst dazu kommen würde, daß ihnen das Schicksal des deutschen Volkes mit anvertraut worden wäre.

Die Dänenblätter in Schleswig.

Zur Aufhebung der Verbote.

Kopenhagen, 30. Januar. (Rikau.) Anlässlich der Aufhebung des Verbots der schleswigschen Zeitungen schreibt „Nationaltidende“: Wir berühren mit Freuden diesen Schritt. Das Blätterverbot war unserer Meinung nach sowohl unbillig als unklar und nicht den deutschen Interessen. Die meisten Kreise des dänischen Volkes ohne Unterschied der politischen Richtung wünschen ein gutes freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland und dem deutschen Volke. Das Verbot war in Betracht der weitgehenden Freiheit, die wir hiesig den deutschgesinnten Minderheit in Nordschleswig einräumen, einseitig unbillig und Bitterkeit zu schaffen. Daß man in einflussreichen deutschen Kreisen hierüber klar sieht, beweisen wir nicht und daß dieses jetzt durch Aufhebung des Verbotes bona forma konstatiert wird, kann in Dänemark nur friedensfördernd wirken. Die hier getroffene vernünftige Maßnahme hätte früher getroffen werden können und sollen.

„Politiken“ schreibt: Wenn wir den preussischen Landtag in einem Angriff auf diese Grenze und in einer Forderung, deren Mildernde Begründung 1894 ist, sich vereinigen (?) sehen, so können wir nicht anders, als den Schluss ziehen, daß der Nationalismus und die Reaktion in Deutschland in gefährlichem Wachstum ist. Wenn wir die deutsche Revanchepolitik sich gegen die Nachbarländer wenden sehen, so keine wirtschaftlichen Interessen verletzt werden und wo die Scheidelinie zwischen Dänisch und Deutsch so sorgfältig wie möglich gezogen ist, so können wir unter allgemeinem Gesichtspunkt aus nichts anderem als den Geist fürchten, der offensichtlich die deutsche Politik zu beherrschen scheint. Wir müssen offen sagen, daß die Panthosopiezeit, daß man sich in sehr weiten Kreisen Deutschlands offenbar nicht in gerechtes, ehrliches und loyales Verhältnis zur Grenzschleuse finden will. Deutschland ist, daß es Freude und Verständnis vermisst. Wir dürfen behaupten, daß das ganze dänische Volk nur ein freundschaftliches und friedliches Nachbarverhältnis zu Deutschland wünscht. Aber eine Debatte wie die im Landtag beunruhigt uns mit Recht.

Der italienisch-südslowakische Vertrag.

Rom, 30. Januar. (M.L.) Gestern Abend wurden acht diplomatische Schriftstücke über die in den letzten Tagen in Rom zwischen Italien und Jugoslawien abgeschlossenen Abkommen veröffentlicht. Sie betreffen erstens den Freundschaftsvertrag, der herzliche Zusammenarbeit vorsieht; zweitens ein Zusatzprotokoll, monoch die Vertragschließenden die Verträge mitzuteilen haben, die ihre Politik in Mitteleuropa betreffen. Ferner erklären die Vertragschließenden, daß in dem Freundschaftsvertrag nichts enthalten sei, was den Bündnisverträgen Südslowaniens mit der Tschechoslowakei und Rumänien widerspreche. Im dritten Abkommen — Fiume — erkennen Italien die volle und uneingeschränkte Souveränität Südslowaniens über den Hafen von Fiume und das Delta an, und Südslowanien die volle und uneingeschränkte Souveränität Italiens über den Hafen von Fiume und das im Vertrage von Rapallo festgesetzte Gebiet mit einer Berichtigung. Italien verpflichtet an Südslowanien gegen eine jährliche Geldentschädigung auf fünfzig Jahre im Hafen von Fiume ein Bassin mit Vorkerhaus. Der Bahnhof von Fiume wird die internationale Verwaltung eines Grenzbahnhofes erhalten. Für die südslowakischen Minderheiten in Fiume sollen dieselben Rechte und Privilegien gelten, wie sie für die italienischen Minderheiten in Dalmatien gelten. Innerhalb höchstens zwanzig Tagen, vom 27. Januar an, sollen die Retifikatoren autorisiert werden, zwei weitere Zusatzkonventionen über Fiume betreffend mittelalterliche Fragen und regeln die Post des Bassins im Hafen. Eine Erklärung Italiens anerkennt das Institut des Heiligen Stierens von Fiume in Rom als auswärtiges Gebiet. Die Minderheiten der südslowakischen Katholiken. Endlich verpflichtet sich Italien, in kürzester Zeit das Statut der Autonomie der orthodoxen serbischen Gemeinden in Fiume zu regeln und sobald wie möglich die Krone des Kronenlandes der slowenischen Genossenschaften in jüdischen Venetien zu regeln.

Arnold Reubers hatte sich erboten, der Reichstagsfraktion des Zentrums über seine Schritte in der von ihm angetriebenen Aktion der Penetrationstrategie Bericht zu erstatten. Die Zentrumsfraktion hat das Anerbieten, wie vorher schon Reichskanzler Rath abgelehnt.

Bombenattentat in Rom. Dienstag Abends wurde in Rom während der Opernvorstellung, der zahlreiche hohe Staatsbeamte beiwohnten, gegen das Opernhaus eine Bombe geworfen. Ueber die Wirkung liegt noch keine Nachricht vor.

Der Apfelsinenfegen.

Einen Apfelsinenjannuar wie in diesem Jahre hat Berlin selten erlebt. Ueberall auf den Straßen Berlins werden die gelben Früchte feilgeboten. 10, 15, ja 20 Stück für 1 Mark hört und sieht man, und trotzdem behaupten die Fachleute, daß die Apfelsinen noch zu teuer sind. Unsere „Edelsalata“ gibt uns eben das Recht, ein zu importieren und vor allen Dingen gute Erzeugnisse zu verlangen. Werden die Früchte nicht in Bälde zu billigeren Preisen aus den Produktionsländern abgestoßen, so wird Deutschland — nach Meinung der Fachleute — seine Bestellaufträge einschränken müssen.

Woher kommen die Apfelsinen? Spanien ist der Hauptlieferant. Genannt werden hier die Provinz Murcia und der für Apfelsinen rühmlichst bekannte Badeplatz Valencia. Ueberall ist eine selten gute Ernte zu verzeichnen, die durch die feststehende wirtschaftliche Verbindung der Dinge nun auch vielen Berliner Arbeitlosen jetzt eine Erwerbsmöglichkeit geschaffen hat. Die Männer holen sich — soweit sie über „Betriebskapital“ verfügen — eine Kiste mit Apfelsinen vom Großhändler und machen an einer der nächsten Straßenenden die fliegende Südfruchtthandlung auf. Die kleinen Gemüchshändler decken ihren Bedarf in der Zentralmarkthalle. Hier holen sie sich 50, 100 und auch eine Kiste zu 200 Stück für ihre Kundschafft. Die Kisten, wie sie im geschlossenen Wagon aus dem Produktionsgebiet zu uns gelangen, fassen im Durchschnitt 200, 300, 420, 700 und auch 1000 Stück. Berlin bezieht täglich etwa 15 bis 18 Waggons Apfelsinen. Berechnet man, daß jeder Wagon 400 Kisten faßt so kann man sich ungefähr einen Begriff machen, was Berlin an Apfelsinen konsumiert. Das Straßenpublikum ist als der größte Abnehmer für Apfelsinen anzusehen. Gibt es doch Straßenhändler, die zum Teil halbe Waggons beziehen und den Bestand in kurzer Zeit loszuschlagen. Aufgabe der Großhändler ist es, die als notwendig bezeichnete radikale Preislenkung herbeizuführen, damit es wirklich jedem ermöglicht wird, die Frucht, die wir lange genug missen mußten, zu erhalten.

Die Fernspreckgebühren.

Große Nachlässigkeit bei der Rechnungsstellung.

Seit dem 1. November 1923 werden die Fernspreckgebühren nach einem neuen Verfahren erhoben. Bei den Teilnehmern bestehen vielfach noch Unklarheiten über das Verfahren; deshalb wird von der Oberpostdirektion kurz auf folgendes hingewiesen:

Für jeden Fernspreckteilnehmer wird beim Fernspreckrechnungsamt in Berlin D. 27, Magazinstr. 6, ein Konto geführt, worin die aufkommenden Fernspreckgebühren als „Soll“ die Einzahlungen als „Haben“ gebucht werden. Jeder Teilnehmer soll mindestens monatlich einmal die aufgelaufene Gebührenschauld begleichen. Uebersteigt im Laufe des Monats das „Soll“ des Teilnehmers kein „Haben“ um 100 M., so muß das Konto aufgeführt werden. Der Teilnehmer wurde bisher mittels Postkarte aufgefordert, seine Schuld binnen einer Woche zu begleichen. Diese Aufforderung enthält auch die Mitteilung, daß der Anschluß ohne weitere Mahnung gesperrt würde, wenn der Betrag nicht innerhalb einer Woche nach Abendung der Postkarte eingegangen sei. Diese Postkarte mit Vordruck ist von den Teilnehmern vielfach als unwichtige Drucksache angesehen worden; sie wird wahrscheinlich sehr oft ungelesen in den Papierkorb geworfen sein. Zahlreiche Teilnehmer waren daher in den letzten Wochen unangenehm überrascht, als ihnen von ihrem Anschluß durch Fernspreckprophet mitgeteilt wurde, daß ihr Anschluß gesperrt werden möchte, wenn sie nicht sogleich ihre Schuld begleichen. Zahlungsaufforderungen sind in jedem Falle abzuhandeln; ein Verlust der Zahlungsaufforderungen während der Rechtsbeherrschung ist zwar nicht unmöglich, keinesfalls aber so oft vorgekommen, wie es in den Beschwerden der Teilnehmer behauptet wird. Beht werden die Gebührenschauld mit den Zahlungsaufforderungen abgehandelt. Anlässe der bisher üblichen Postkarten wird künftig ein „Mahnzettel“ verwendet, der in den Abrechnungszettel hineingeklebt wird. Diese „Mahnzettel“ werden auf rosafarbenem Papier gedruckt, damit sie sofort auffallen. Die rosafarbenen Geldscheine des Reiches eignen sich zur sofortigen Einziehung der Gebührenschauld; die zur Zahlung feststehende Frist wird innegehalten werden. Eine Stundung kann nicht gewährt, ebenso wenig kann eine nachträgliche Mahnung vorgenommen werden. Wichtig ist, daß der Teilnehmer bei der Einbindung des Betrages seine Anschlußnummer auf dem Einzahlungsschein, auf der Ueberweisung usw. richtig ansetzt.

Soweit die Ausführungen der amtlichen Stelle, die jedenfalls über die Gepflogenheiten auf den einzelnen Ämtern nicht recht im Bilde zu sein scheint. Es ist wohl nichts dagegen einzuwenden, wenn die Post darauf besteht, daß jeder Teilnehmer einmal im Monat die aufgelaufene Schuld bezahlt, dann muß aber auch die Post dafür sorgen, daß den Teilnehmern mindestens einmal im Monat die Abrechnungen zugehen. Das ist aber in den letzten Monaten, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, nicht der Fall gewesen. Die Teilnehmer erhalten jetzt nach einer Pause von drei Monaten plötzlich Rechnungen über diese sehr hoch aufgelaufenen Beträge und sind natürlich oft nicht immer imstande, stehenden Fußes zu zahlen. Weiß das die Oberpostdirektion und gebt sie trotz der offen zutage liegenden Schamperci einiger nachgerechneten Stellen mit den angeordneten rigorosen Sperrmaßnahmen vorzugehen? Es wäre im allgemeinen Interesse, hierauf eine erschöpfende Antwort zu erhalten.

„Radierer“ und „Kleber“.

Moderne Fälschungsmethoden.

Zur Aufhebung von Geldscheinen benutzten manche Fälscher bisher den Ausdruck und die Radierung. Bei amerikanischen Dollars verwenden sie nun ein neues Hilfsmittel: das Ueberleben. In Berlin waren amerikanische Noten zu 10 und 100, 20 und 200 Dollar in Umlauf, die gefälscht waren. Die ursprünglichen Zahlen waren ausradiiert und durch neue, höhere ersetzt worden. Diese Fälschungen wurden erstahd an den radiierten Stellen, die dünner und deshalb durchsichtiger waren, erkannt.

Um diesem Fehler abzuhelfen, stellen die Fälscher die höheren Ziffern genau nach dem Muster der echten auf hauchdünnem Papier her und kleben dieses so sorgfältig auf die Scheine, daß die Fälschungen auch bei genauerer Betrachtung nicht auffallen. Des einzigen Erkennungsmittel, das einen höheren Schutz gewährt, ist jetzt die schon wiederholt veröffentlichte, vom Schatzamt der Vereinigten Staaten herausgegebene Erkennungskarte amerikanischer Dollarsnoten. Die neue Fälschungsmethode ist nun auch schon auf die amerikanische 5-Dollar-Note angewandt worden. Aus ihr wurden in einem Falle 500 Dollar gemacht, die ein Berliner Geldschmuggler einführte. Die Hersteller dieser Fälschungen sind noch unbekannt. Festgenommen wurden dagegen die alten „Radierer“, ein russischer Student Simon Sara und die österreichischen Kaufleute Willy Bergasse und Oskar Graisenstein. Sara, der in seinen Kreisen den Namen „Der Deutsch“ führte, betrieb die Fälschungen hauptsächlich an Dossentier und in Spielclubs. Schon einmal festgenommen, aber gegen Bürgschaft wieder entlassen, nahm er sein Treiben sofort wieder auf. Bergasse und Graisenstein, die mit ihm gemeinlich arbeiteten, fanden ein Abzweckung unter den Geschäftskunden Berlins. Fälschungen von 10-Gulden-Noten werden neuerdings in Holland in einer großen Menge auf, daß die holländische Zentralstelle für Geldschmuggel sich um Mithilfe zur Aufhebung der Werkstatt an die Berliner Kriminalpolizei gewandt hat. Sie hat

eine Belohnung von 1500 Gulden ausgesetzt. Diese Fälschungen, Seriennummer A. K., Kontrahnummer 80 207, vom 25. Juli 1921, und Seriennummer C. U., Kontrahnummer 29 987, vom 24. Dezember 1921, sind für den Verkehr um so gefährlicher, als sie, obwohl feilbringend in Massen hergestellt, doch sehr gut nachgemacht und kaum zu erkennen sind. Den Herstellungsort vermutet man in Deutschland. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar von Liebermann, Kurstraße 49, entgegen.

Die Aufhiefer der Geldentwertung.

Ueber die „jüdische“ Finanz- und Wirtschaftsdiktatur“ sprach Staatssekretär Prof. Dr. Hirsch gestern Abend in einer vom Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einberufenen Versammlung im Oberlichtsal der „Philharmonie“.

In einflussreicher Rede wandte sich der Redner gegen das unwahre beliebte jüdische Schlagwort. Den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands haben gewisse Schwerindustrie Kreise verschuldet, die sich hartnäckig der Erfüllungspolitik widersetzt und einer Gelbung unserer Währung entgegengegearbeitet hätten. Diese Kreise seien die Aufhiefer der Inflation, Leute wie Sinnes, Böger, Rödner, Wolff und Krupp, die alle keine Juden seien und sich in einer Zeit von Deutschlands größter Not schwerindustrielle Herzogtümer aufgebaut hätten. Gemiß habe es auch unter den Juden, besonders unter den Ostjuden, schwarzerische Elemente gegeben. Sie sich an der Inflation bereichert hätten. Aber diese, besonders die Effekthäuser, hätten eine heilsame Lehre erhalten und wirtschaftlich nichts erreicht. Die kommenden Goldbilanzen würden erweitern, daß die Industrie in der Inflationszeit besser abgekauft habe als die Banken. Und in der Industrie finden wir nur ganz wenige Juden. Nach dem Tode Walter Rathenau habe die Inflation begonnen, bei Cuno ihren Höhepunkt erreicht und erst Hülferding habe den Vorstoß gemacht, die Sachwerte zu erfassen und eine neue Währung zur Gelbung des Landes zu schaffen. Wir hätten schon vor einem Jahre und noch früher dort stehen können, wo wir heute sind, wenn die bürgerlichen Parteien des Reichstages einflussreicher gewesen wären und der Widerstand der Industrieherbörge nicht unterdrückt hätten. Keine jüdische Presse, der man fälschlich sozialer Einfluss zuschreibt, wäre imstande gewesen, die öffentliche Meinung so aufzuklären, daß sie die Wurzel des Übels erkenne. Die Presseorgane der Industrie hätten beherrschen heute die öffentliche Meinung. Staatssekretär Hirsch sieht mit einigem Optimismus in die Zukunft. Hätten wir auch noch lange keinen Ideologiestand und befänden wir uns auch nur in einem Übergangsstadium unserer Währung, so würden wir doch wieder der Möglichkeiten, uns vor einer neuen Inflation zu schützen, die zu ertragen unser Volk keine Kraft mehr hätte. Aber nicht gegeneinander, sondern miteinander sollen deutsche Juden und Christen am Aufbau des Vaterlandes arbeiten. Der Antisemitismus, der nichts weiter sei als überpannter Nationalismus, sei der Todfeind jedweder wirtschaftlichen Gelbung Deutschlands. — In der Ausprache zeigte Redakteur Schweriner, welche große Rolle der wirtschaftliche Antisemitismus bei den Wahlen der letzten Wochen gespielt habe. Der neueste Kniff der Antisemiten sei einen Unterschied zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital zu machen. Obwohl der christliche Kapitalismus nicht sentimentell und der jüdische nicht melanchoisch sei, könnte doch festgesetzt werden, daß das „schaffende“ Kapital in diesen Tagen der Arbeitslosigkeit nicht größeres soziales Empfinden gezeigt habe als das raffende. Justizrat Brodny, der Vorsitzende des Zentralvereins, wies darauf hin, daß in den Kreisen, die sich ihres Fortdrittums bewußt seien, der Panmonismus nie eine Rolle gespielt habe. Das deutsche Judentum verurteile Auswüchse, wo es sie findet; mit gleicher Entschiedenheit.

Der Mann mit der roten Maske.

Ein Raubüberfall wurde auf Zehlendorfer Gebiet verübt. Eine Frankenschmiedin Hermine Grundmann ging um 6 1/2 Uhr mit einer Freundin durch die Normannenstraße. In der Nähe von Nikolafsee sah jemand nach ihrer Handtasche. Sie glaubte zunächst an den Scherz eines Bekannten und sah sich mit den Worten „Ach doch“ um. Da bemerkte sie einen Mann, der ein rotes Tuch über eine rote Maske vor dem Gesicht hatte, und eine Pistole auf sie richtete. Im gleichen Augenblick entriß ihr der Räuber auch schon die Handtasche, die 30 M. enthielt und lief davon. Als die Besatzung um Hilfe rief und ihn verfolgte, hielt er sie mit drei Schüssen, die zum Glück fehlgingen, in Schach. Kriminal- und Schutzbeamte der nahe gelegenen Wache des 163. Regiments Nikolafsee hörten die Schüsse und begannen der Ueberfallenen. Die Verfolgung blieb jedoch erfolglos. In der Finsternis entfiel der Räuber wahrscheinlich in den Wald in der Umgebung der Rehweide. Es wäre gut, wenn diese Aufenmacher ein paar Spürhunde hätten.

Arbeiter-Bildungsschule Groß-Berlin. Heute Abend, nämlich 7 Uhr, feiert die Vorhagende im Spielklub der Bildhauer-Bildungsschule Gröndelstraße 5 Uhr die Jubiläum der 3. Kreises und der benachbarten Bezirke Paulow, Reinickendorf usw. Mehr Genosse Breuer.

Jugendbewegung für Kaulsdorf und Umgegend. Die Frühjahrsjugendbewegung der Freien Schulgemeinschaft Kaulsdorf findet am 30. März d. J. statt. Anmeldungen beim Genossen Schäfer, Kaulsdorf, Friedländer 16.

Sport.

Der Stand des Sechstagerrennens.

Die zweite Wertung, die nach 2 Uhr vor sich ging, brachte gleich zu Beginn sportlich interessante Kämpfe. Hush-Hush liegt vorn und versucht seinen eingenommenen Platz zu halten, den der Italiener Belloni gern für sich in Anspruch nehmen möchte. Salchow ist aber auch auf dem besten und sticht den ersten Spurt vor Hahn, Bauer und Hushke ein. Der zweite Spurt ist ein Gewinn des Amerikaners Hantley. Lorenz, Golle und Krupka folgen. Richard Hushke ist beim dritten Spurt bemüht, die Spitze zu erlangen, was er auch schafft. Hierbei mußte er sich allerdings hart gegen Bauer, Salchow und Hahn wehren. Die Wertung des vierten Spurts verlief ziemlich einträglich. Golle geht vor Krupka, Kohl und Lorenz voraus. Der fünfte Spurt zeigt interessante Momente. Kurz vor Ziel schießt sich Bauer an Salchow vorbei. Nach der zweiten Wertung ist der Stand des Rennens numerisch folgender: Lorenz—Salchow 29, Bauer—Krupka 24, Hushke—Kohl 18 und Schrage—Golle 15 Punkte. Nach der fünften Stunde waren 210,570 Kilometer zurückgelegt.

Die heutigen Vormittagsstunden.

Schadhafte Bahnstellen gaben die Veranlassung, das Rennen vorübergehend zu neutralisieren. Bis 10 Uhr vormittags waren 417,060 und eine Stunde später 430,390 Kilometer zurückgelegt. Die bisherigen Stundenrekorde der früheren Sechstagerrennen sind somit gebrochen.

Wie bereits an den letzten beiden Bergstapfenden wurde auch gestern wieder gefällige Bireits, die sogar mit dem städtischen Steuerkoppel versehen waren, in großer Anzahl von wilden Händlern vor dem Sportplatz vertrieben. Da die Fälschungen schon in den Nachmittagsstunden bekannt wurden, war in diesem Falle der einzige Leidtragende das Publikum. Die gefälschten Karten wurden sämtlich beschlagnahmt und das Publikum zurückerufen. Wer sich also vor Verlust schützen will, laufe nur an den offiziellen Kassen. Eine große Anzahl wilder Händler wurde verhaftet und dürfte einer schweren Bestrafung entgegensehen, da außer Urkundenfälschung auch schwere Steuerhinterziehung vorliegt.

